

Linke

Fettleibig mit Dauerwelle

Westdeutsche Linke, von grünen Alternativen bis hin zu sozialdemokratischen Ideologen, haben ein neues Feindbild – DDR-Flüchtlinge.

Mit trauerumflortem Blick bedauerte Egon Krenz, kurz nach seiner Ernennung zum neuen DDR-Machthaber, den Verlust Zehntausender von Mitbürgern: Die Republikflucht sei, gestand der neue SED-Generalsekretär am Mittwochabend im DDR-Fernsehen, ein „großer Aderlaß“. Politik paradox: Was den Sozialisten in Deutschland-Ost als gravierende Einbuße erscheint, wird von vielen Genossen in Deutschland-West keineswegs als Gewinn bewertet.

Links von der Mitte des politischen Spektrums der Bundesrepublik machen sich seit Wochen Aversionen gegen die Zuzügler breit. Die Front der Flüchtlingsfeinde reicht von kommunistischen Sektierern über alternative Abgeordnete bis hin zu strammen SPD-Linken.

Am feindseligsten gebärden sich Radikale, etwa aus dem Kommunistischen Bund (KB). DDR-Übersiedler, heißt es im KB-Sprachrohr *Arbeiterkampf*, seien „Spie-

Berschrott“, dem es nur um die schnelle Westmark gehe. Den „Zoni-Zombies“ wurden zur Abschreckung Schläge angedroht: „Euch hätten wir gleich auf dem Bahnsteig gern die Fresse poliert.“

Die Übersiedler „verdienen keinen Respekt“, befindet auch die Marxistische Gruppe in einem Flugblatt, das sie bundesweit verteilen ließ. Die Zuwanderer hätten für ihre Flucht Gründe, „daß es einer Sau graust“: Dem einen seien „die langen Lieferfristen fürs Auto auf den Geist gegangen, der anderen die fehlenden Schminktöpfe, dem dritten die unzugänglichen Fernreiseziele aufs Gemüt geschlagen“.

Doch nicht nur kommunistischen Hardlinern sind die DDR-Flüchtlinge als deutschtümelnde Biedermänner und als potentielle Rechtswähler suspekt. Auch im Kreise von Grünen und SPD-Linken könne er es „heute nur sehr verschämt wagen“, seine „DDR-Ver-

gangenheit zu offenbaren“, sagt der Mainzer Amnesty-Mitarbeiter Brauckmann: „Das Räuspern und die peinliche Stille danach ist unausbleiblich.“

Die Ressentiments gegen Übersiedler erhalten beinahe täglich Nahrung durch neue Reizbilder in den Medien. Wenn die Ankömmlinge im Westfernsehen aufgekratzt Deutschland-Fähnchen schwenken, ihre DDR-Kennzeichen am Wartburg bis aufs bloße „D“ durchstreichen und die neuerworbenen Bundespässe voller Nationalstolz in die Kamera halten, graust es vielen Grünen, die sich auf ihre internationalistische Gesinnung viel zugute halten. „Die Zonis küssen ja den BRD-Boden wie der Papst“, beobachtete entgeistert ein Mitglied der Hamburger Grün-Alternativen Liste.

Weil Zehntausende von DDR-Bürgern ganz offensichtlich das kapitalistische System einem sozialistischen vorziehen, flüchten sich viele Westlinke in Sarkasmus. So feierte die alternative *Tageszeitung* die Mauer kürzlich als „Berlins nützlichstes Bauwerk“; schließlich bewahre sie „die BRD und Westberlin vor Horden naturtrüber, säuerlich sächselnder DDRler mit Hang zu Billig-Antikommunismus und Rep-Wählen“.

Selbst der sonst so verständnisvolle Psychoanalytiker und Bestsellerautor Horst-Eberhard Richter („Flüchten oder Standhalten“) mokiert sich nun über die Flucht der „armen Entrechteten aus dem Land des Schlimmen“ in „unsere Oase der Seligkeit“.

Der Spott verdeckt nur mäßig die Orientierungslosigkeit, die sich, ausgelöst durch die Ausreisewelle und die Massenproteste in der DDR, unter Westdeutschlands Linken breitgemacht hat. Die andere Republik habe in der Szene lange Zeit als „eine Art Laborversuch“ gegolten, sagt die Schriftstellerin Monika Maron, die 1988 ausreiste; die Linke habe an der DDR manches akzeptiert, was sie sich „hier keinen Tag lang hätte gefallen lassen“.

Orthodoxe Kommunisten versuchen die Verhältnisse in der DDR noch immer zu beschönigen. Herbert Mies, 68, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), erklärte Anfang dieses Monats ungerührt, die DDR habe gezeigt, „daß der Sozialismus auch auf deutschem Boden lebens- und entwicklungsfähig ist“.

Inzwischen mehren sich allerdings selbst in der DKP kritische Stimmen, die den Gesundheitskurs der Betonriege um Mies nicht länger mittragen wollen. Der aufmüpfige Hamburger DKP-Bezirk solidarisierte sich demonstrativ mit



Linkes Feindbild DDR-Flüchtling
„Die küssen den BRD-Boden wie der Papst“



Sprühparole in Hamburg: „Übersiedler verdienen keinen Respekt“

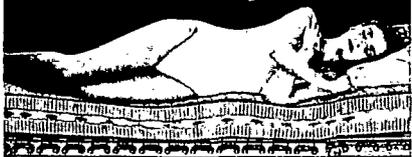
**Wer etwas bewe-
gen will, braucht
ungewöhnliche
Ideen. Wer sie
durchsetzen will,
muß ganz schön
ausgeschlafen sein.**

*Kreative brauchen
Schlaf, der fit macht.*



Mit der SENSOflex-Liegediagnose
finden Sie den Schlaf, der fit
macht. Im „maßgeschneiderten“
Bett aus Matratze und Rahmen.

SENSOflex
Schlafsystem



Unter Tel. (0130) 4089 erfahren Sie zum
Ortstarif, wo es das nächste SENSOflex-Studio
mit Liegediagnose gibt.
RUMMEL MATRATZEN GmbH & Co
8530 Neustadt/Aisch, Postfach 1649

allen oppositionellen Gruppen in der DDR und erklärte die Abkehr von „einem historisch offensichtlich erschöpften und überholten Sozialismus-Modell“.

Schwierigkeiten im Umgang mit den SED-Flüchtlings haben westdeutsche Linke auch deshalb, weil der Massenansturm Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot weiter verschärft. Heimische Zukurzgekommene fühlen sich durch die Neubürger zusätzlich benachteiligt.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) sah sich letzte Woche genötigt, vor einer „Verhättschelung“ der DDR-Übersiedler zu warnen: Hiesige Arbeitslose müßten „mit Bitterkeit“ registrieren, daß den Zuwanderern Arbeitsplätze „auf dem goldenen Tablett“ serviert würden.

Vielen Gewerkschaftern sind die DDR-Übersiedler zudem als Streber mißliebig, die im Verdacht stehen, jede Arbeit anzunehmen, zu fast jedem Preis. In Berliner Szene-Kneipen wird schon über die „neuen Arschkriecher“ gewettert, in Hamburg besprühten Unbekannte Hauswände mit der Parole: „Kritische Mitbürger aus der DDR willkommen, Anpasser und Lohndrücker Nein Danke“. Daß nach einer Umfrage über 60 Prozent der Zuwanderer CDU wählen würden, paßt vielen Linken ins Bild.

In West-Berlin, wo das Gerangel um Arbeitsplätze und Wohnungen besonders heftig ist (siehe Seite 53), haben grüne Politiker bereits eine Zugangsbeschränkung für DDR-Übersiedler ins Gespräch gebracht. Peter Lohauß, 40, Mitglied des Parteivorstands der Alternativen Liste (AL), forderte Bonn auf, die deutsche „Zweistaatlichkeit“ als Kriegsfolge zu akzeptieren, mithin die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen und DDR-Bürger wie andere Ausländer auch zu behandeln.

Die Ost-Flüchtlinge müßten, meint der AL-Politiker, künftig Asylanträge stellen und politische Verfolgung geltend machen. „Für diejenigen, die endlich mal keinen Trabi mehr fahren wollen, sondern ein schöneres Auto, hätte das zur Folge, daß sie nicht mehr übersiedeln könnten“, erklärte Lohauß.

Das „Ventil der Ausreisemöglichkeit“, fügte er hinzu, schwäche im übrigen die DDR-Opposition, die ihm „besonders am Herzen“ liege. Auch das spreche für einen Verzicht auf eine Einbürgerungsgarantie für alle Zuzügler.

Bei ehemaligen DDR-Bürgern traf die Alternativ-Lösung „Bleibt drüben“ den Nerv. „Mit großer Freude“, so höhnten zwei Übersiedlerinnen aus Halle in einem Leserbrief, hätten sie von der Bereitschaft der AL gehört, „die DDR im aktiven Kampf zu retten“, und boten den Alternativen an, „unsern schmählich verlassenem Platz dort einzunehmen“. Die Regisseurin Freya Klier, seit

letztem Jahr im Westen, bezichtigte die AL „übelster Apartheid, bei der sie selbst den Part der Buren übernimmt“.

Die Berliner AL-Fraktion ging, ebenso wie die Bundes-Grünen, eilig auf Distanz zu ihrem Landesvorstand und versuchte den Verdacht zu zerstreuen, „unser Einsatz gegen die weitverbreitete Fremdenfeindlichkeit sei ausgerechnet bei Aus- und Übersiedlern geringer“.

Für Verstimmung hatte vor allem die Lohauß-Anregung gesorgt, künftig sorgsam zwischen Wirtschaftsflüchtlings und politisch Verfolgten zu differenzieren – eine Unterscheidung, gegen die sich die Grünen in der Diskussion um die Asylgesetzgebung immer gewehrt hatten. Um die unerquickliche Debatte abzubrechen, gab die Bonner Parteizentrale als offizielle Linie die Forderung „Bleiberecht für alle“ aus.

Obwohl eine Abschottung gegen den Strom der DDR-Übersiedler verfassungsrechtlich gar nicht durchsetzbar ist – an der Basis kommen solche Gedanken an: Viele Linke befürchten, daß bei weiterem Ost-Exodus womöglich Flüchtlinge aus anderen Krisenregionen der Welt auf der Strecke bleiben, und die erwecken allemal mehr Sympathie, zumal dann, wenn sie rechten Folterdiktaturen entkommen sind.

„Rührung auf lateinamerikanischen Solidaritätsfesten“ sei stets erwünscht, klagt der Frankfurter Sponti Reinhard Mohr über die Gefühlslage etlicher linker Genossen, hingegen Rührung „auf ostbayerischen Bahnhöfen – nein“. Viele westdeutsche „Pantoffelrevolutionäre“ neigten dazu, Flüchtlinge erst dann willkommen zu heißen, wenn sie „den Nachweis politisch-ideologischer Reife erbracht“ hätten.

Verglichen mit dem Leid von Asylbewerbern aus der südlichen Hemisphäre, scheinen die Schikanen im SED-Regime vielen Linken eher läppisch. So höhnte das linksorthodoxe Hamburger Monatsblatt *Konkret* über „die Erhebung des Wunschs nach schicken Pullis in den Rang eines Menschenrechts“, und die *Tageszeitung* machte süffisant die „Foltermerkmale der ostdeutschen Diktatur“ aus: „Fettleibigkeit und Dauerwelle“.

Einzelnen SPD-Politikern kommt die Massenflucht mittlerweile ebenfalls unangelegen. Mit Hinweis darauf, daß die DDR nicht ausbluten dürfe, forderte der West-Berliner Abgeordnete Ehrhart Körting, die Übersiedlung per Gesetz zu erschweren, etwa durch eine Abschaffung der Rentenberechtigung. Wer die DDR verändern wolle, müsse sicherstellen, argumentiert Körting, daß die kritischen Bürger auch dortblieben.

Doch ob linke Sozialdemokraten weitreichende Reformen im Osten wirklich ernsthaft wünschen, scheint zweifelhaft. So warnte SPD-Ideologe Peter von Oertzen, 65, Mitglied der Programmkommiss-

sion seiner Partei, vor einer übertriebenen Aufgabe „sozialistischer Errungenschaften“.

Wenn Gorbatschow es mit Glasnost zu weit treibe, gruselt sich von Oertzen, „könnte es sein, daß wir als Linke plötzlich mit dem Rücken an der Wand stehen“. Linke Sozis würden in der Öffentlichkeit dann plötzlich als das erscheinen, was sie in den Augen von Christdemokraten und Liberalen längst seien: „trottelige Ideologen“.

Berlin

Leben auf Parkbänken

Der anhaltende Zuzug aus dem Osten läßt in West-Berlin die Wohnungsnot dramatisch anwachsen. Der rot-grüne Senat fürchtet die nächste Wahl.

Als Wahlkampfmanager der West-Berliner Sozialdemokraten mußte Wolfgang Nagel, 45, nach eigener Erinnerung schufteln „wie eine Dampfwalze“. Jetzt, als Bausenator, ist er schon wieder gefordert wie sonst kaum einer seiner Genossen.

Nagel soll von Amts wegen die Berliner Wohnungsnot beheben helfen, die unter dem Zustrom von bislang 30 000 Umsiedlern aus dem Osten dramatisch wächst – und die politische Folgen haben könnte: Der Wohnraumangel gilt als wahlentscheidend, seit er im Januar dazu beigetragen hat, die rechtsextremistischen Republikaner ins Stadtparlament zu spülen. Senator Nagel ahnt bereits Schlimmes: „Wenn wir hier Scheiße bauen, hauen die Wähler uns beim nächsten Mal gleich wieder weg.“

Wenig spricht derzeit dafür, daß der Kampf gegen die Wohnungsnot zu gewinnen ist. In Billigpensionen, Turnhallen und importierten Containercamps haben an die 20 000 Zugereiste nur provisorisch untergebracht werden können.

Rund 6500 West-Berliner sind obdachlos, nach Kirchenschätzung mehr als 12 000. Verschärft worden ist der Wohnraumangel auch durch die gut 4000 Asylanten, die in der Stadt leben, sowie durch 2600 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden.

Für Zehntausende von West-Berlinern, die auf Wohnungssuche sind, verschlechtern sich die Aussichten mit jedem neuen Zuzügler. Rund 70 000 Berliner sind Inhaber eines Wohnberechtigungscheines, davon 40 000 mit der sogenannten Dringlichkeitsstufe. Überdies fahnden zur Zeit Tausende von Studenten nach einer Bude; rund 15 000 neh-

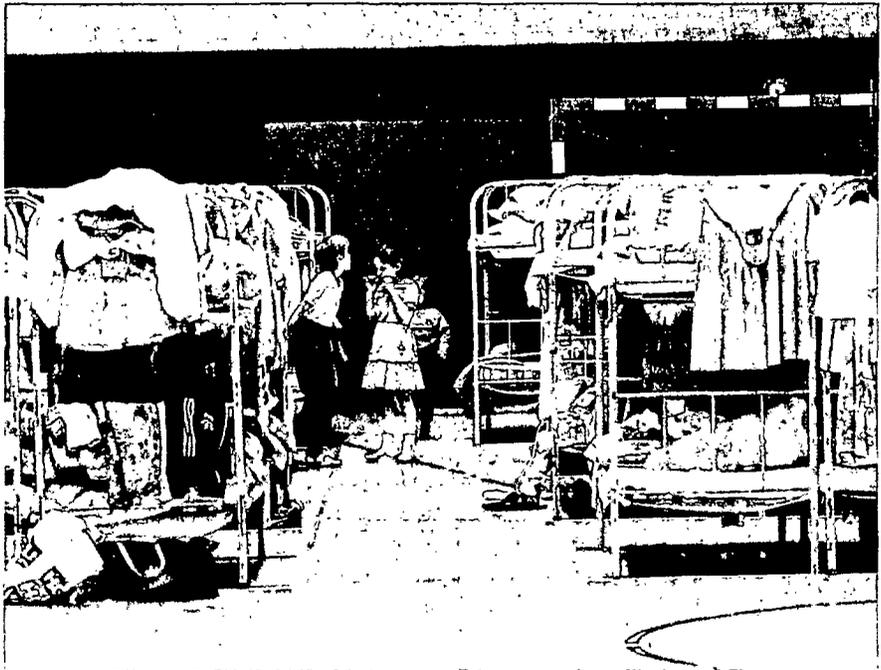
men im Wintersemester ihr Studium in Berlin auf.

Die Wohnungsnot hindert DDR-Emigranten nicht, lieber in den Westen der geteilten Stadt als nach Westdeutschland zu streben – obwohl ihnen das *Neue Deutschland* höhnisch ein „Leben auf Parkbänken, in Grünanlagen und auf einem Dachboden“ prophezeit hat: Viele DDR-Aussteiger bevorzugen West-Berlin, wo ihnen Atmosphäre und Mentalität nicht so fremd sind wie in der bundesdeutschen Provinz.

Auch überproportional viele Polen-Aussiedler drängt es nach West-Berlin. In der Stadt, in der sich eine 15 000 Köpfe starke polnische Kolonie etabliert hat, finden die Einwanderer Freunde, Verwandte und einstige Nachbarn.

Denn der Senat hat verfügt, daß DDR-Flüchtlinge aus Ost-Berlin und dem Umland auf Wunsch ebenso in der Stadt bleiben dürfen wie Zugereiste, deren Ehepartner oder Verwandte dort bereits untergekommen sind. Die im Aufnahmegesetz vorgesehene Möglichkeit, Neubürgern einen Wohnort im Bundesgebiet zuzuweisen, wird durch diese „Lex Momper“ genannte Regelung praktisch blockiert; so kann die Verringerung der Aufnahmequote, die den Bonnern mühsam abgetrotzt worden ist, nicht so recht greifen.

„Wir sind Matthäi am letzten“, räumt Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) bereits ein. West-Berlins Wohnungsfehlbestand, derzeit 30 000 Einheiten, wird sich bis zur nächsten Wahl auch dann



West-Berliner Aussiedler-Unterkunft Turnhalle: „Matthäi am letzten“

Vorurteilen der Eingesessenen, die in den Neuen vielfach amtlich gehätschelte Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt sehen, versucht die West-Berliner Sozialverwaltung mit dem Hinweis zu begegnen, daß Aus- und Übersiedler nur 22 Prozent jener Wohnungsbestände erhalten, die unter den Inhabern von Berechtigungsscheinen vergeben werden. Brutto indes sind das immerhin mehr als 6000 Wohnungen – fast schon soviel wie der gesamte Jahreszuwachs an Berliner Neubau-Raum.

Zwar braucht West-Berlin aufgrund einer neuen Übereinkunft mit Bonn statt bislang acht nur noch höchstens vier Prozent jener bundesweit registrierten Aus- und Übersiedler zu beherbergen, die das Notaufnahmeverfahren durchlaufen. Zur Zeit nimmt die Stadt gleichwohl fast sieben Prozent auf – eine hausgemachte Last.

verdoppeln, wenn das Senatsoll von 7000 neuen Einheiten pro Jahr erfüllt werden kann. Schon das aber ist mangels Geld und Bauflächen wenig wahrscheinlich.

Senator Nagel flüchtet sich in Sarkasmus: „Bauen wir doch einfach Aussiedlerwohnungen auf das Gelände von Kohl, der hat uns durch seine Großdeutschtümelei ja das Problem eingebrockt.“ Gemeint ist eine Fläche, so groß wie sechs Fußballplätze, gegenüber dem Reichstagsbau, auf die Kohls Kabinett den Berlinern für 380 Millionen Mark ein Deutsches Historisches Museum klotzen will.

Allerdings: Für die Anregung, die Verwirklichung von Helmut Kohls Prestigeobjekt um fünf Jahre zurückzustellen, erntete Nagel letzte Woche Protest quer durch die Stadt – bis in die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, wo die Idee